Stand: 15.11.2025 06:05:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3594

"Keine zusätzlichen Hürden für Ehrenamt und Lebensmittelhandwerk -Lebensmittel-Informationsverordnung praktikabel gestalten"

### Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/3594 vom 22.10.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 23.10.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4946 des UV vom 13.11.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/5051 vom 29.01.2015
- 5. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 29.01.2015



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.10.2014 Drucksache 17/3594

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine zusätzlichen Hürden für Ehrenamt und Lebensmittelhandwerk – Lebensmittel-Informationsverordnung praktikabel gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine ehrenamtsfreundliche und auch für kleinere Betriebe des Lebensmittelhandwerks mit angemessenem Aufwand umsetzbare Ausgestaltung der "Verordnung zur Anpassung nationaler Vorschriften an die Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher" einzusetzen.

#### Begründung:

Aufgrund der EU-Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) muss ab dem 13. Dezember 2014 auch bei loser Ware eine Kennzeichnung der allergenen Stoffe erfolgen. Die näheren Details regelt eine nationale Durchführungsverordnung, die bislang nur als Entwurf vorliegt und die voraussichtlich im November im Bundesrat behandelt werden wird.

Die darin vorgesehene schriftliche Kennzeichnung der 14 häufigsten Allergene wird gerade im ehrenamtlichen Bereich zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Dies betrifft beispielsweise das Kuchenbüffet beim Jubiläum des Trachten- oder Sportvereins ebenso wie die ehrenamtlich organisierte Schulverpflegung oder das selbst gekochte Mittagsessen beim Zeltlager der Jugendfreizeit.

Aber auch die kleineren Betriebe des Lebensmittelhandwerks werden hiervon massiv betroffen sein. Denn es muss damit gerechnet werden, dass diese erst wenige Tage vor Inkrafttreten der Verordnung erfahren, was sie nun eigentlich genau tun müssen. Diese Zeit ist nicht ausreichend für eine verlässliche Implementierung neuer Prozesse in den Betriebsablauf.

Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass weder die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger noch die kleineren Betriebe des Lebensmittelhandwerks durch bußgeldbewehrte und über die zwingenden Anforderungen der LMIV hinausgehende bürokratische Anforderungen beeinträchtigt werden.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, zu überprüfen, ob es europarechtskonform ist, den Bereich des Ehrenamts aus dem Anwendungsbereich der Verordnung komplett auszuklammern. Außerdem ist darauf hinzuwirken, dass eine Regelung gefunden wird, die alle Spielräume der LIMV zugunsten des Ehrenamts und der Betriebe ausnutzt. So könnte etwa die mündliche Information der schriftlichen Information gleichgesetzt werden. Außerdem wäre es sinnvoll, wenn ein gut sichtbarer Hinweis genügen würde, der Kunden auffordert, bei Interesse die Allergene zu erfragen. Und schließlich wäre es nur fair, die Sanktionsvorschriften der Verordnung erst mit einer gewissen Verzögerung in Kraft treten zu lassen, um eine durchdachte Umsetzung der Verordnung in den Alltag zu ermöglichen.

her gibt es andere Themen, die weniger gewichtig sind als dieses.

Herr Staatsminister, um die Herkunft von Herrn Riegler zu klären: Wir können es ganz präzise machen. Er kommt aus dem gleichen Kreißsaal wie ich. Er ist in Werneck geboren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich fange mit dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3591 an. Bei diesem Antrag geht es nur noch um den Teil I - das ist der längere Teil -, der einen Bericht fordert. Der zweite Teil, der die Staatsregierung zur Prüfung auffordert, ist von den Antragstellern zurückgezogen worden. Wer dem Antrag der FREIEN WÄHLER, so, wie ich ihn gerade gekennzeichnet habe, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREI-WÄHLER und des BÜNDNISSES DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf der Drucksache 17/3609. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/3592, 17/3594 und 17/3595 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, teile ich noch das Ergebnis der Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Hanisch betreffend "Endlich Einsatz für Einheimischen-Modelle zeigen!" auf der Drucksache 17/3607 mit: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (Drs. 17/3337)

- Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen überwiesen. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Gesetzentwurf dem Ausschuss zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/3262) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir legen einen Gesetzentwurf mit Änderungen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vor. Ich möchte zunächst einmal damit beginnen, was in dem Gesetzentwurf nicht steht. Das betrifft den Teil, der in den letzten Wochen und Monaten die meisten Diskussionen hervorgerufen hat.

In dem Gesetzentwurf ist nicht das enthalten, was aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts notwendig ist. Infolge dieses Urteils leisten die Bezirke im Wege der Eingliederungshilfe kein Schulgeld mehr. Vor diesem Hintergrund hat der Freistaat Bayern als Übergangsregelung die Schulgeldzahlung der Träger der Eingliederungshilfe im Wege einer freiwilligen Leistung übernommen. Wir haben dann Vorschläge erarbeitet und sind auch in der Diskussion mit den Verbänden. Aus dieser Diskussion hat sich ergeben, dass noch weiterer Gesprächsbedarf besteht, wie wir eine verbesserte Förderung der privaten Förderschulen gewährleisten können, und zwar so, dass diese dauerhaft auf Schulgeld verzichten können. Nachdem wir diesen Dialogbedarf noch haben, gibt es in diesem Gesetzentwurf noch keinen Vorschlag. Wir sind im Gespräch mit allen Verbänden. Die Übergangslösung

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.11.2014 Drucksache 17/4946

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/3594

Keine zusätzlichen Hürden für Ehrenamt und Lebensmittelhandwerk – Lebensmittel-Informationsverordnung praktikabel gestalten

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Bundesrat für eine ehrenamtsfreundliche und auch für kleinere Betriebe des Lebensmittelhandwerks sowie für Läden und Hofläden mit angemessenem Aufwand umsetzbare Ausgestaltung der 'Verordnung zur Anpassung nationaler Vorschriften an die Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher' einzusetzen."

Berichterstatter: Nikolaus Kraus
Mitberichterstatter: Michael Brückner

#### II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: 1 Zustimmung, 8 Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

mit der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Dr. Christian Magerl

Vorsitzender



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.01.2015 Drucksache 17/5051

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/3594, 17/4946

Keine zusätzlichen Hürden für Ehrenamt und Lebensmittelhandwerk – Lebensmittel-Informationsverordnung praktikabel gestalten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Bundesrat für eine ehrenamtsfreundliche und auch für kleinere Betriebe des Lebensmittelhandwerks sowie für Läden und Hofläden mit angemessenem Aufwand umsetzbare Ausgestaltung der "Verordnung zur Anpassung nationaler Vorschriften an die Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher" einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures** 

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 6)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung,

der Antrag betreffend "Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume" auf Drucksa-

che 17/2585. Dieser Antrag soll auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln aufgerufen wer-

den.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine.

Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten: (E) (G) (ENTH) (A)		einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss			
1.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen X – Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung umsetzen – Refinanzierung der Praxisanleitung sicherstellen Drs. 17/1365, 17/4935 (E)				
		les federführer heit und Pflege	nden Ausschusses für e		
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			团	
2.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen XI Einführung eines Bayerischen Pflegemonitors Drs. 17/1366, 17/4936 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Α			Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen XIII Förderung der Fort- und Weiterbildung verbessern Drs. 17/1368, 17/4959 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Christoph Rabenstein, Günther Knoblauch u.a. SPD Behördenverlagerungen in die ländlichen Räume Drs. 17/2585, 17/4960 (A)

#### der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD Anpassung der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten (Bayerische Nebentätigkeitsverordnung - BayNV) Drs. 17/2776, 17/4688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung und Diskriminierung von homosexuellen Menschen, insbesondere nach 1945 Drs. 17/2873, 17/4932 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Sicherstellung und Einzug von Erträgen aus Straftaten Drs. 17/2906, 17/4933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konzept zur fairen Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften vorlegen – Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern Drs. 17/3094, 17/4689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Versprechen des Asylgipfels halten und Asylsozialberatung sicherstellen Drs. 17/3106, 17/4645 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mädchen und Jungen in Bayern besser fördern! Drs. 17/3109, 17/4648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bestellung des S-Bahn-Haltepunkts Forchheim Nord Drs. 17/3160, 17/4961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u.a. SPD Medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen – Ärztlichen Dienst vor Ort etablieren Drs. 17/3193, 17/4646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung des Freistaats fortsetzen Drs. 17/3204, 17/4654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Vollsperrung der Bahnlinie Bamberg – Lichtenfels Drs. 17/3213, 17/4963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Walter Taubeneder u.a. CSU Kur- und Heilbäder in einem Präventionsgesetz berücksichtigen Drs. 17/3280, 17/4937 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Neuvergabe der Verkehre der S-Bahn München Drs. 17/3364, 17/4964 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Breitbandförderquote angleichen

Drs. 17/3366, 17/4965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Breitbandprogramm nachbessern: Kommunen im ländlichen Raum großzügig fördern

Drs. 17/3395, 17/4966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD Durchbindung der Gräfenbergbahn zum Hauptbahnhof Fürth nicht aufgeben – Widersprüche der Standardisierten Bewertung aufklären Drs. 17/3545, 17/4967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold u.a. SPD Begrenzung von Transportzeiten für Schlachttiere Drs. 17/3551, 17/4945 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wegfall des Schienenbonus für ICE-Ausbaustrecke Nürnberg-Ebensfeld, PFA 18/19 Forchheim-Eggolsheim Drs. 17/3553, 17/4968 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

22.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller u.a. SPD Runder Tisch zur Einführung einer Pflegekammer in Bayern – Zwischenergebnisse präsentieren! Drs. 17/3583, 17/4938 (E)			
	Votum des federführe Gesundheit und Pfleg	nden Ausschusses für e		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
23.	<ul> <li>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine zusätzlichen Hürden für Ehrenamt und Lebensmittelhandwerk – Lebensmittel-Informationsverordnung praktikabel gestalten Drs. 17/3594, 17/4946 (G)</li> </ul>			
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	1Z und 8A			Z
	Die CSU-Fraktion ha zugrunde zu legen.	it beantragt, der Abst	immung das Votum	Zustimmung
24.	Martin Güll u.a. und F	der Erwachsenenbilde		thi Petersen,
	Votum des federführe Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Angemessene Bezahlung von Pflegekräften Drs. 17/3723, 17/4939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

26. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Qualitätssicherung der häuslichen Pflege, insbesondere bei Erhalt von Leistungen der Pflegeversicherung Drs. 17/3800, 17/4940 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Probleme in der Pflege beheben – Einsatz von Hilfsmitteln bei der Einstufung in eine Pflegestufe nicht überbewerten Drs. 17/3825, 17/4941 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

28. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Kindernahrung sicherer machen – Tenuazonsäuregehalt bei Hirseprodukten senken Drs. 17/3826, 17/4948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Keine Wasserverschmutzung durch undichte Abwasserkanäle Drs. 17/4078, 17/4949 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z